

VOLKSBLATT SPLITTER

Radioaktives Wasser in den Rhein gelangt

STUTTGART - Bei einer Panne im baden-württembergischen Atomkraftwerk Philippsburg ist am Wochenende radioaktiv kontaminiertes Wasser in den Rhein gelangt. Wie das Umweltministerium am Montag in Stuttgart mitteilte, waren bei den Vorbereitungen für Instandhaltungsarbeiten von Block 1 des Kraftwerks vier Tanks des so genannten Schnellabschaltsystems überfüllt worden, sodass etwa 30 Kubikmeter leicht kontaminierten Wassers über das Regenwassersystem in den Rhein abgeleitet wurden. Die gesamte Kontaminationsmenge habe ein Mega Becquerel oder weniger als ein Prozent des zulässigen Tageswertes betragen. Dies bedeute, dass die maximale effektive Dosis für die Bevölkerung «vernachlässigbar klein» sei, hiess es weiter. Der genaue Hergang des Vorfalls, der sich in der Nacht von Samstag auf Sonntag ereignete, werde untersucht. (sda)

Antisemitische Tendenzen in Europa

BERLIN - Kurz vor einer Antisemitismus-Konferenz der OSZE hat eine Umfrage die Verbreitung von Antisemitismus in Europa belegt. Im Vergleich zu 2002 ermittelte die jüdisch-amerikanische Anti-Defamation League (ADL) allerdings einen leichten Rückgang. Bei der OSZE-Konferenz beraten 55 Staaten am Mittwoch und Donnerstag in Berlin über den Kampf gegen Antisemitismus. Am Rande der Konferenz wollen mehr als 200 Nichtregierungs-Organisationen NGO Empfehlungen zur Bekämpfung antijüdischer Vorurteile erarbeiten. Auch Vertreter der öffentlichen Verwaltung, Rassismus- und Antisemitismusexperten sowie Vertreter der jüdischen Gemeinschaft reisen nach Berlin, wie das Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheit (EDA) mitteilte. Bei einer NGO-Medienkonferenz wurde am Montag vor einer Welle antijüdischer Straftaten im Zuge der EU-Erweiterung gewarnt. In Mitteleuropa sei rassistischer rechtsextremer Antisemitismus noch stärker verbreitet als im Westen, sagte Juliane Wetzel vom Zentrum für Antisemitismus-Forschung der Technischen Universität Berlin. (sda)

Konflikt spitzt sich wieder zu

KINSHASA/NAIROBI - Die Regierung von Kongo-Kinshasa hat Ruanda den Bruch des Friedensvertrages zwischen beiden Ländern vom Juli 2002 vorgeworfen. Dies berichtete der Sender der Vereinten Nationen, Radio Okapi, am Montag aus der Hauptstadt Kinshasa. Am Wochenende hatte die UNO-Mission im Kongo (MONUC) erstmals die Präsenz ruandischer Soldaten auf dem Gebiet der Demokratischen Republik Kongo bestätigt. (sda)

EU gibt Signal

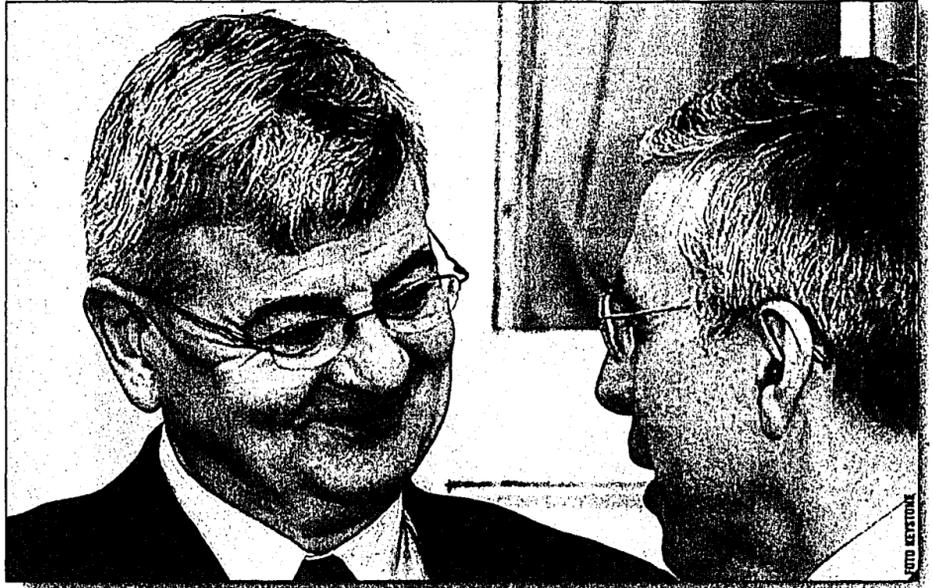
Nach gescheitertem Referendum in Zypern

LUXEMBURG - Nach dem gescheiterten Zypern-Referendum hat die Europäische Union dem türkischen Norden der weiterhin geteilten Insel ein deutliches Signal der Annäherung gegeben.

Die EU-Aussenminister bereiteten am Montag in Luxemburg entsprechende Regelungen vor, nach denen den türkischen Zypern 259 Millionen Euro und massive Handels erleichterungen gewährt werden sollen. Der deutsche Aussenminister Joschka Fischer mahnte ein deutliches Zeichen der EU vor allem an die jungen Menschen in Nordzypern an. «Wir dürfen die Menschen, die beeindruckende Mehrheit vor allen Dingen junger türkischer Zyprioten, die für Europa gestimmt haben, nicht enttäuschen», sagte Fischer.

Im europäischen Geiste

Mit ihrer Zustimmung zum UN-Plan hätten sie «im europäischen Geiste gehandelt». Bei den Referenden vom Samstag hatten 55 Prozent der türkischen Zypern für den UN-Plan gestimmt, 76 Prozent der griechischen Zypern aber dagegen. Am 1. Mai wird damit nur der



Joschka Fischer (links) mahnte ein Zeichen der EU vor allem an die jungen Menschen in Nordzypern an.

international anerkannte griechische Teil der EU beitreten. Die EU-Aussenminister nahmen die Entscheidung der griechischen Zypern «mit grossem Bedauern» zur Kenntnis und äusserten die Hoffnung, dass die Insel doch noch geeint werde und alle Zypern Bürger

der EU sein könnten. Die EU sei entschlossen, die Isolation Nordzyperns vor allem mit wirtschaftlicher Hilfe zu beenden. Fischer sagte mit Blick auf die türkischen Zypern: «Wir sind hier jetzt ein Stück weit in der Pflicht.» EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen be-

tonte, die Zusammenarbeit der EU mit den türkischen Zypern bedeute nicht, dass die EU die Regierung anerkenne. Es könne aber nicht sein, dass die türkischen Zypern jetzt bestraft würden. Zugleich zeigte er sich optimistisch: «Das ist nicht das Ende des Weges.» (sda)

Morddrohung gegen Geiseln

Irak Entführer fordern Demos in Italien

DUBAI - Die Entführer von drei Italienern im Irak haben die Menschen in Italien zu Demonstrationen gegen die Irak-Politik ihrer Regierung aufgerufen. Sollten die Demos nicht innerhalb von fünf Tagen stattfinden, würden die Geiseln ermordet.

Sie würden die Männer töten, falls «das italienische Volk» nicht innerhalb von fünf Tagen «Proteste gegen die italienische Militärpräsenz im Irak organisiert», hiess es in einem Video, das der arabische Fernsehsender El Arabija am Montag ausstrahlte.

Neue Bilder

Im Video wurden auch neue Bilder der Geiseln gezeigt. Die geforderten Kundgebungen sind offenbar eine der Bedingungen der Geiselnnehmer für die Freilassung der Verschleppten. Die Italiener waren



Man würde die Männer töten, falls «das italienische Volk» nicht gegen die italienische Militärpräsenz demonstriert.

vor zwei Wochen entführt worden. Eine vierte italienische Geisel wurde von den Kidnappern kurz nach der Geiselnahme vor laufender Kamera erschossen. Schon früher hatten die Geiselnnehmer den Abzug der italienischen Truppen aus dem Irak gefordert.

Bestürzung

Das Video löste Bestürzung bei den Familien der drei Geiseln aus. Sie warten seit Tagen auf Nachrichten von ihren Angehörigen. Trotz der Vermittlungsversuche der italienischen Regierung fehlt jegliche Information über das Schicksal der drei Leibwächter, die im Dienst einer US-Sicherheitsgesellschaft standen. Inzwischen gehen die Anschläge im Irak weiter. Gestern sind bei einer Explosion im Norden Bagdads zwei US-Soldaten getötet worden. (sda)

Keine freien Wahlen

Restriktive China-Politik

PEKING/HONGKONG - China hat freie Wahlen in Hongkong ausgeschlossen. Das beschloss ein Parteitagsausschuss am Montag in Peking, wie die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua meldete.

Der Ständige Ausschuss des Volkskongresses entschied, bei den 2007 und 2008 geplanten Wahlen des Regierungschefs und des Parlaments «wird die Methode der allgemeinen Direktwahl nicht angewandt», wie Xinhua zitierte. Die Bedingungen für freie Wahlen in Hongkong seien noch nicht reif, wurde in Peking argumentiert. Die nicht unerwartete Entscheidung erntete heftige Kritik in Hongkong.

Sie ist eine Enttäuschung für viele, die für eine schnellere Demokratisierung in der früheren britischen Kronkolonie und heutigen Sonderverwaltungsregion Chinas demonstriert hatten. Die geltende Verfassung hätte 2007 und 2008 freie Wahlen zugelassen. Doch hatte die kommunistische Führung in Peking erklärt, dass sie allein im Vorfeld über die Notwendigkeit politischer Reformen entscheidet. Der Volkskongress argumentierte, dass Hongkong noch keine lange demokratische Tradition habe. Auch müsse der Einfluss der direkt gewählten Abgeordneten auf den politischen Prozess unter Führung des Regierungschefs noch «getestet werden» werden. (sda)

Zu guter Letzt... + + + + +

Engländer am meisten überwacht

LONDON - Die Zahl der Überwachungskameras hat sich in Grossbritannien binnen drei Jahren vervierfacht. Mit vier Millionen Kameras sei Grossbritannien das am meisten überwachte Land Europas. Sie beruft sich auf eine EU-Studie. Demnach befürworteten 90 Prozent der Briten Überwachungskameras an öffentlichen Plätzen, gegenüber lediglich 48 Prozent der Deutschen und 24 Prozent der Österreicher. 66 Prozent der Londoner hätten nichts gegen eine Kamera in ihrer eigenen Strasse einzuwenden, 47 Prozent gehen davon aus, dass

auf diese Weise die Verbrechenszahlen gesenkt werden könnten. Im Vergleich dazu würden nur 25 Prozent der Wiener eine Kamera in ihrer Strasse dulden. (sda)



Advertisement for VOLKSCARD featuring text: 'VOLKSCARD GÜNSTIGER GEHT'S NICHT Politik - Wirtschaft - Sport - Kultur bei uns ist alles im Preis inbegriffen. Jetzt das VOLKSBLATT abonnieren! 13 Monate für CHF 209.- (FL) CHF 299.- (CH) inkl. VOLKSCARD Anrufen und bestellen 237 51 41. Profitieren Sie als VOLKSBLATT-Abonnent von Vorzugspreisen.'